

LANDESHAUSHALT MUSS SICH BEI REFORM DES BILDUNGSFÖDERALISMUS BEWEGEN

erschienen am 30. Januar 2019

[Bildung](#), [Bildungsföderalismus](#),
[FDP](#) [FDP Sachsen-Anhalt](#), [Frank Sitta](#),
[Freie Demokraten](#),
[Grundgesetzänderung](#),
[Landeshaushalt](#) [Landesregierung](#),
[Sachsen-Anhalt](#) [Schule](#)

Die Freien Demokraten haben gegen die von CDU und Grünen eine Grundgesetzänderung auf dem Weg zum Bund unter anderem erlaubt, die Schulen bei der Digitalisierung zu unterstützen. Im Bundesrat wurde der ausgehandelte Gesetzentwurf mit 16 zu Null Stimmen von den Ministerpräsidenten abgelehnt. Sachsen-Anhalts FDP-Landeschef Frank Sitta kritisiert:

"Die Grundgesetzänderung mitnichten das Ende des Bildungsföderalismus, dass der Bund die Länder dabei unterstützen darf, die Schulen zu verbessern. Der Bund soll nicht nur in Kabel und Router investieren, sondern auch in die genauso wichtige personelle Ausstattung. Die Freien Demokraten könnten uns auch eine Offensive für die

naturwissenschaften, sondern die berufliche Bildung vorstellen. Das kostet viel Geld, aber der stetig wachsende Sprudel sprudelnder Steuereinnahmen hat Schwarz-Rot-Grün in eine schwierige Lage gebracht. Da finde ich es gelinde gesagt, wenn die sachsen-anhaltische Landesregierung das Verhalten kritisiert, dass sie sich da möglichst schnell bewegt."